



Eine Sparrunde, die wehtut

3, 5, 6

Weniger Gestalten und NMM an der Primarschule, Spitex selber bezahlen, Sparrunde bei den Spitälern: Das vom Grossen Rat beschlossene Sparprogramm für 2012 trifft PrimarschülerInnen, Spitex-KundInnen und SpitalpatientInnen – aber auch die Angestellten, die mit Stellenabbau rechnen müssen. Vor der Spardebatte wurde der Eingang des Rathauses belagert von Protestierenden.

Mehr Lohn bei Bund und Kanton

2, 7

1,2% generelle Lohnerhöhung beim Bund, beim Kanton Teuerungsausgleich 0,4% plus 0,9% für Stufenanstiege sowie 0,2% für Sondermassnahmen. Mit der eingereichten Lohninitiative erhöhen wir den Druck, dass Stufenanstiege auch beim Kanton wieder finanziert werden müssen.



Kantonale «Initiative für faire Löhne» zustande gekommen

Starkes Zeichen für faire Löhne

Das ist ein wichtiger Erfolg! Am 23. November hat der vpod gemeinsam mit dem BSPV und LEBE 15'950 beglaubigte Unterschriften für die kantonale Lohninitiative bei der Staatskanzlei eingereicht. Die Initiative fordert, dass bei guten Arbeitsleistungen ein Anspruch auf einen individuellen Lohnaufstieg von zwei Stufen besteht.

Das sichere Zustandekommen der Initiative für faire Löhne ist ein grosser und alles andere als selbstverständlicher Erfolg für die Personalverbände und das Kantonspersonal. Seit den Referenden über das Personal-, Lehreranstellungs- und Spitalversorgungsgesetz in den Jahren 2004/2005 hatten die kantonalen Personalverbände zu keinen direktdemokratischen Mitteln mehr gegriffen. Die 16'000 Unterschriften für die Lohninitiative unterstreichen nun aber die unveränderte grosse Mobilisierungskraft des Kantonspersonals und seiner Verbände. Erfreulich ist die breite regionale Herkunft der Unterschriften: So stammen über 3500 Unterschriften aus dem Raum Thun/Oberland und je über 2500 aus den Regionen Biel/Seeland/Jura und Emmental/Oberaargau. Der vpod dankt allen ganz herzlich, die zu diesem tollen Ergebnis beigetragen haben.

Zwei Stufen bei guten Leistungen

Die Lohninitiative fordert, dass das Personal unter der Voraussetzung guter Arbeitsleistungen (Beurteilung A im MAG) Anspruch auf einen jährlichen Stufenaufstieg von 1,5% hat (zwei Stufen). Dieser Anspruch gilt bis zur Gehaltsstufe 53 und damit in den unteren zwei Dritteln der Lohnskala. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, dass Mitarbeitende überhaupt in den oberen Bereich der Lohn-tabelle vorstossen können. Bei den Lehrkräften fordert die Initiative, dass das Lohnmaximum innerhalb



Einreichung der Initiative für faire Löhne bei der Staatskanzlei

von 26 Jahren anerkannter Berufserfahrung erreicht wird.

Initiative kommt im richtigen Moment

Heute ist nicht nur beim Regierungsrat, sondern auch im Grossen Rat die Erkenntnis gewachsen, dass lohnpolitische Korrekturen dringend sind. Allein bei der individuellen Lohnentwicklung weist der Kanton Bern einen Rückstand von 10% auf; dazu kommt die nicht ausgeglichene Teuerung von rund 7%. Allerdings droht derzeit, dass die miserable Finanzlage des Kantons von gewissen Politikern ein weiteres Mal als Argument fürs Nichtstun benutzt

wird. Hier sorgt die Initiative dafür, dass das Thema ganz oben auf der Traktandenliste bleibt.

Regierungsrat ist nun gefordert

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Unterschriftensammlung liegt der Ball nun beim Regierungsrat. Er ist gefordert, die Initiative dem Grossen Rat vorzulegen – dabei hat er die Möglichkeit, mit einem Gegenvorschlag allenfalls eigene Ideen zur Lösung des Lohnproblems vorzulegen. Wir sind gespannt auf solche Vorschläge – und sicher, dass wir mit unserer Initiative einen starken Trumpf in der Hand halten.

Blaise Kropf

Lohnabschluss 2012

Am 7. Dezember hat der Regierungsrat den Lohnbeschluss für das Jahr 2012 getroffen. Insgesamt stehen für Lohnmassnahmen beim Kantonspersonal (inkl. Lehrkräfte) 1,5% zur Verfügung. Der Regierungsrat hat nun entschieden, per 1.1.2012 einen Teuerungsausgleich von 0,4% zu gewähren (bei einer erwarteten durchschnittlichen Jahresteuern von 0,3%) sowie 0,9% für den individuellen Lohnaufstieg und 0,2% für gezielte Korrekturen von Lohnungerechtigkeiten zur Verfügung zu stellen. Damit ist ein vollumfänglicher Ausgleich der Teuerung gewährleistet. Für den Stufenaufstieg stehen allerdings zu wenig Mittel zur Verfügung – der Lohnrückstand wird weiter anwachsen. Angesichts der katastrophalen Finanzlage des Kantons Bern kann das Ergebnis insgesamt gleichwohl als akzeptabel bezeichnet werden.

In der Steuersenkungsfalle

In der Novembersession hat der Grosse Rat den Voranschlag fürs 2012 beraten und dabei hochproblematische Sparbeschlüsse gefällt. Wie konnte es soweit kommen? Was machen wir als Gewerkschaft? Und wie sieht die Zukunft aus?

Abbau der Lektionenzahl an der Volksschule, eine Kürzung von 79 Mio. Franken pro Jahr bei der Spitalversorgung, Erhöhung der Studiengebühren an Universität und Fachhochschule, Kürzung der Betriebsbeiträge an Behinderteninstitutionen: Diese und noch viele weitere Sparmassnahmen hat der Grosse Rat in der Novembersession beschlossen. Wie kommt ein Kanton dazu, ausgerechnet in der Bildung und im Sozialen zu sparen?

Strukturelle und konjunkturelle Herausforderungen

Finanzpolitik ist ein stetiges Auf und Ab. Eine Konjunkturflaute oder gar eine Rezession macht sich nach wenigen Jahren mit tieferen Steuererträgen und höheren Sozialausgaben in der Rechnung spürbar. Politische Beschlüsse des Bundes müssen von den Kantonen umgesetzt werden – oft zu einem hohen Preis. Im Jahr 2012 ist der Kanton Bern von beiden Erschwernissen betroffen. Die Steuererträge liegen wegen der Rezession von 2009 deutlich tiefer als erwartet. Und die Revision des Krankenversicherungsgesetzes und der Pflegefinanzierung kosten den Kanton Bern 300 Mio. Franken. Dank einer sorgfältigen Budgetierung und einigen vertretbaren Sparmassnahmen war der Regierungsrat aber in der Lage, diese Verschlechterungen aufzufangen.

Der Preis für verfehlte Steuersenkungen

Zusätzlich kommen ab dem Jahr 2012 aber Steuersenkungen zum Tragen, welche den Kanton Bern

138 Mio. Franken kosten. Und genau das ist die Hauptursache der Krise. Allein die fünf problematischsten Sparmassnahmen (Reduktion der Lektionenzahl an der Volksschule à 10 Mio. Franken, Anhebung der Studiengebühren à 5 Mio. Franken, Abbau bei den Betriebsbeiträgen an Behinderteninstitutionen à 5 Mio. Franken, Abbau bei Testarbeitsplätzen à 2,5 Mio. Franken und Abbau bei der Spitalversorgung à 79 Mio. Franken) hätten mit einem Verzicht auf die Einkommens- und Vermögenssteuersenkung problemlos aufgefangen werden können. Fazit: Die Verantwortung für die drastische Sparpolitik liegt in der verkehrten Steuerpolitik.

Schuldenbremse ist ein Zwangskorsett

An den unhaltbaren Zuständen ist auch die Schuldenbremse schuld. Wegen dieser darf ein defizitärer Voranschlag nur mit einer 3/5-Mehrheit der Grossratsmitglieder beschlossen werden. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat ist das Erreichen dieses Quorums schlicht illusorisch. Ein zurückgewiesener Voranschlag hätte aber bedeutet, dass zusätzliche Sparmassnah-

men von bis zu 150 Mio. Franken nötig geworden wären; mit der Inkaufnahme eines zurückgewiesenen Voranschlags wäre man vom Regen in die Traufe geraten.

Eine andere Politik ist möglich

Im 2012 stehen im Kanton Bern zwei zentrale Abstimmungen an: Die Wiederholung der Abstimmung über die Senkung der Motorfahrzeugsteuern und jene über die gewerkschaftliche Initiative «Faire Steuern». Beide Vorlagen ermöglichen bei einem richtigen Abstimmungsausgang eine Entlastung des Finanzhaushaltes von je rund 100 Mio. Franken. Für Gewerkschaften und Personalverbände müssen diese beiden Abstimmungen daher absolute Priorität haben. Wer Sparmassnahmen und Abbau bei Löhnen verhindern will, muss alles dafür tun, dass die Senkung der Motorfahrzeugsteuern verhindert und die Senkung der Einkommens- und Vermögenssteuern rückgängig gemacht wird. Verantwortungsloser Bildungsabbau für einige Franken weniger Autosteuer? Das ist die Frage, um die es geht. Um die Abstimmung zu gewinnen, braucht es den Einsatz aller.

Blaise Kropf



Verantwortungsloser Bildungsabbau für einige Franken weniger Autosteuer? Nein danke!

Mehr einmischen – mehr Einfluss nehmen

«Sozialhilfe unter Druck: Wir mischen uns ein!» Unter diesem Titel luden AvenirSocial, der vpod und die Gruppe für Menschenwürde in der Sozialhilfe im November zu einer Diskussionsveranstaltung ein. Der Andrang war riesig: An die 80 Personen drängten sich in den überfüllten Saal des Hotel Bern.

Der Druck in der Sozialhilfe ist in den letzten Jahren Schritt für Schritt angestiegen. Eine grundlegende Ursache dafür ist die chronisch hohe Fallzahlbelastung auf den Sozialdiensten. Zum Druckanstieg beigetragen haben aber in erster Linie die polemischen, undifferenzierten Missbrauchsdebatten in den Jahren 2007 bis 2009. Die Folgen waren Verschärfungen der Sozialhilfepraxis, wie sie der Kanton Bern mit der Revision des Sozialhilfegesetzes jüngst beschlossen hat.

Aufschlussreiche Arbeit in Kleingruppen

Nach zwei einleitenden Referaten von Annie Ortelli und Selina Tribbia zu den Auswirkungen des Drucks auf die Lebenssituation von Armutsbetroffenen einerseits und auf SozialarbeiterInnen andererseits standen Diskussionen in Kleingruppen auf dem Programm. Ziel war, die problematischsten Folgen des Drucks auf Armutsbetroffene und Sozialarbeitende zu benennen, Änderungsbedarf auszumachen und mögliche Strategien auf verschiedenen Interventionsebenen aufzuzeigen.

In mehreren Gruppen wurden der immer unwürdigere Bittgang zum Sozialdienst und die wachsende Fremdbestimmung über SozialhilfebezüglerInnen problematisiert. Diese Tendenz hat mit dem Postulat des «Förderns und Forderns» auch in der Sozialhilfe Einzug gehalten. Dazu kommt – auch dies eine Folge der Missbrauchsdebatten und der medialen Dauerüberwachung – dass der direkte Ein-

fluss der Politik auf die operative Praxis der Sozialen Arbeit in den letzten Jahren gewachsen ist und die strukturellen Rahmenbedingungen für die Erfüllung der sozialarbeiterischen Kernaufgaben erschwert.

Diskurs prägen – und sich selber einmischen

Bei der Frage nach erfolgsversprechenden Ideen für eine Verbesserung der Situation standen gruppenübergreifend zwei Ansätze im Vordergrund. Auf individueller Ebene müssten SozialarbeiterInnen und Sozialdienste wieder mehr Mut für eigenständiges Handeln und das systematische Ausnutzen der bestehenden Spielräume bei der Beratung und Unterstützung der SozialhilfebezüglerInnen aufbringen. «Mehr Mut zum Risiko», hiess das Schlagwort.

Andererseits drehten sich die Diskussionen immer wieder um die diskursive Ebene. Es ist unabdingbar, wieder eine kritische Auseinandersetzung zu den Widersprüchen in der heutigen Praxis der Sozialen Arbeit in Gang zu setzen. Dies muss sowohl innerhalb als

auch ausserhalb der Sozialdienste geschehen. Von den Verbänden aus dem Sozialhilfebereich (Gewerkschaften, Berufsverband etc.) werden konsequentere und unmissverständliche Reaktionen auf ungerechtfertigte Missbrauchsvorwürfe und Verschärfungen des Sozialhilferechts erwartet. Auf den öffentlichen Diskurs Einfluss nehmen können jedoch alle – zum Beispiel mit LeserInnenbriefen. Eingebracht wurde auch der Vorschlag, die früheren «Sozialwochen» des vpod neu zu lancieren.

Nächste Veranstaltungen stehen bevor

Unbestritten war, dass die Veranstaltung vom November nur ein Anfang sein darf – und jetzt an der Vorbereitung weiterer Diskussionen und Veranstaltungen gearbeitet werden muss. Der grosse Andrang an die Veranstaltung ist jedenfalls ein ermutigendes Signal dafür, dass die Bereitschaft gross und am wachsen ist, sich gegen die immer neuen Verschärfungen im Sozialhilferecht zu wehren.

Blaise Kropf



Der Bittgang zum Sozialdienst gestaltet sich oft unwürdig – hier braucht es Korrekturen

Widerstand aufbauen

Die Spitäler streichen Stellen. Die Lohnrunde ist nicht abgeschlossen. In der Spitex droht die Preisgabe der Hauswirtschaft. Dringend gefragt ist der Widerstand des Personals.

Das Sparpaket, das der Grosse Rat verabschiedet hat, trifft das Gesundheitswesen hart. Die Folgen sind offensichtlich. In den Berner Spitälern geht der Stellenabbau weiter. Das Spitalzentrum Biel hat angekündigt, dass 2012 weitere 60 Stellen gestrichen werden. An einer Personalversammlung zeigte sich, wie die Arbeitsintensität zunimmt und die Arbeitszeiten unzumutbar flexibilisiert werden sollen. Es regt sich Unmut beim Personal.

Nur Teuerungsausgleich gesichert

In den Lohnverhandlungen mit den GAV-Spitälern konnte bisher nur der Teuerungsausgleich von 0,4% verankert werden. Die Summe, die für Stufenanstiege zur Verfügung steht, wird erst im Februar 2012 verhandelt. Die Personalverbände verlangen, dass die Lohnsumme im Minimum im Umfang der Lohnerhöhungen beim Kanton ansteigen (Artikel S. 2). Ein Lichtblick zeigt sich im Inselspital: Die Löhne steigen

dort im Umfang der Erhöhungen bei Kanton, wobei 0,4% als Teuerungsausgleich allen zu Gute kommt.

«Unsere Spitex» in Gefahr

Für die Spitex hat der Grosse Rat entschieden, dass die KlientInnen deutlich mehr an die hauswirtschaftlichen Leistungen bezahlen müssen. Geschont werden nur die kleinsten Einkommen. Treffen wird es vor allem den Mittelstand. Treffen wird es aber noch mehr die Einrichtung «Spitex», bei der wir bisher Pflege und Haushalt aus einer Hand beziehen konnten. Der Leiter des Altersamtes beim Kanton erklärt mit schonungsloser Offenheit, was mit der Kostenüberwälzung bezweckt wird: Die finanzkräftigen Bezüger von Spitex-Dienstleistungen bevorzugen Anbieter, die den Haushalt billiger in Schuss halten. Was das heisst, erfährt der *vpod* in seinen Beratungen. Die Angestellten die-

ser «billigen» Spitex arbeiten auf Abruf und fallen bei Krankheit und Arbeitslosigkeit durch alle Netze. Ganz zu schweigen von den Migrantinnen, die immer öfter unter dubiosen Umständen und mit unregelmässigen Arbeitsverhältnissen zu uns arbeiten kommen.

Widerstand ist gefragt

Der *vpod* versucht, das Personal darauf zu sensibilisieren, dass Sparen im Gesundheitswesen an den Arbeitsbedingungen nagt. Aber der Stellenabbau, die Unsicherheit über die Umwälzungen in der ganzen Branche haben zu Angst und Resignation geführt. Es wird im neuen Jahr darum gehen, öffentlichen Widerstand aufzubauen. Sonst zahlt das Personal die Zeche für die neoliberale Politik, die Steuern senkt und trotzdem das ganze Dienstleistungsangebot serviert haben will.

Bettina Dauwalder



Das Inselspital erhöht die Lohnsumme im Umfang des Kantons und bleibt hoffentlich damit keine Insel in der Spitallandschaft.

BMA richtig eingereicht

Die biomedizinischen Analytikerinnen BMA in den Berner Spitälern können einen Erfolg feiern. Nach der Intervention von *vpod* und labmed gingen die Spitalverantwortlichen über die Bücher und reihen nun die BMA in die Gehaltsklasse 15 ein. Nacht- und Wochenendarbeit werden wie bei den anderen Gesundheitsberufen über Zulagen abgegolten. Der Einsatz von ein paar Betroffenen hat sich gelohnt.

Spitex-GAV auf Eis

Der Spitex-Verband hat einen unverständlichen Rückzieher gemacht: Nach einem mühsamen Verhandlungsjahr hat er die Arbeiten am Gesamtarbeitsvertrag abgebrochen und die Personalverbände auf 2014 vertröstet. Mit einer Petition wollen wir Druck machen. Zudem hat der *vpod* für Anfang 2012 zwei Angebote für das Spitex-Personal organisiert. Nähere Angaben auf der Rückseite dieses Standpunkts.

Weiterbildung

Der *vpod* und die Bildungsinstitution careum (vormals WeG Aarau) haben ihre Zusammenarbeit verlängert. Mitglieder profitieren von einer Verbilligung der Kurskosten. Details findet ihr auf der letzten Seite oder auf unserer Homepage www.vpodbern.ch.

Widersprüchliche Signale aus dem Grossen Rat

In der November-Session des Grossen Rates hat das Parlament bildungspolitisch wichtige Entscheide getroffen. Mit der Teilrevision des Volksschulgesetzes (VSG) wurde die Möglichkeit geschaffen, dass Gemeinden die Basis-Stufe einführen können und die kantonale Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit wurde verankert. Daneben hat die Mehrheit des Grossen Rates den Verzicht auf die rigorosen Sparmassnahmen in der Bildung abgelehnt.

Die beiden Kernstücke der Teilrevision des VSG, die Verankerung und Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit und die Möglichkeit zur freiwilligen Einführung der Basis-Stufe fanden in der ersten Lesung im Grossen Rat eine Mehrheit. Die unbedingte Kostenbeteiligung von maximal 30% durch den Kanton für die Schulsozialarbeit obsiegte mit 72:71 Stimmen zwar nur knapp. Dagegen fand die Basis-Stufe, finanziert durch den Kanton, mit 104:44 Stimmen eine klare Zustimmung. Offen bleibt für die zweite Lesung des Gesetzes ein Antrag der FDP zur Basis-Stufe, welcher die Basis-Stufe wohl eher verwässern würde.

Primarstufe wird kopflastiger

Als sehr gravierend müssen Auswirkungen der Sparmassnahmen bezeichnet werden, welche der Regierungsrat unter anderem durch den Abbau von 1–2 Lektionen in der Volksschule vornehmen will. Endlich ist bekannt, welche Lektionen konkret abgebaut werden: Je eine Lektion gestrichen wird im technischen und textilen Gestalten im 2.–4. Schuljahr sowie je eine Lektion im Fach Natur, Mensch, Mitwelt (NMM) in der 5. und 6. Klasse. Beides ausschliesslich in der Primarstufe! Dies ist, neben der grundsätzlichen Ablehnung von Sparmassnahmen in der Bildung, aus Sicht des vpod nicht

akzeptabel. Denn damit wird bereits eine Selektion vorgenommen («die guten ins Töpfchen – die schlechten in Kröpfchen»). Sie stellt eine Ungleichbehandlung dar, welche die schulische und berufliche Chancengleichheit der PrimarschülerInnen grundlegend in Frage stellt. Und es wird eine Werthaltung dargelegt, die der vpod entschieden ablehnt. Die Kürzung der Lektionen in den Bereichen technisches/textiles Gestalten im 2.–4. Schuljahr erfolgt ausgerechnet in Fächern, die allen Kindern eine Abwechslung vom «kopflastigen» Lernen ermöglichen. Insbesondere Kinder mit schulischen Schwächen oder anderen kulturellen Hintergründen können jedoch in den gestalterischen Fächern Erfolgserlebnisse haben, die unabhängig sind von sprachlichen oder rechnerischen Kenntnissen. Mit der Kürzung der Lektionen in diesen Fächern wird dem Gedanken der Integration von Kindern mit (Lern-)Schwächen zuwider gehandelt und der Kanton widerspricht damit dem Integrationsleitsatz, welcher dem Artikel 17 des VSG zugrunde liegt. Auch

die Lektionenkürzungen im Fach Natur, Mensch, Mitwelt (NMM) für das 5. und 6. Schuljahr sind für die Zukunft der Kinder einschneidend. Die Lerninhalte- und Ziele von NMM bilden eine wichtige Grundlage der schulischen Bildung. Durch die fächerübergreifenden Lernziele lernen die SchülerInnen, vernetzt zu denken, Zusammenhänge zu erkennen und gewinnen so die (fürs ganze Leben!) wichtige Erkenntnis, dass nichts nur isoliert betrachtet werden darf.

Die bürgerliche Mehrheit im Parlament hat sämtliche Anträge der Linken abgelehnt, welche die Einsparungen in der Bildung verhindern oder in anderen Bereichen, z. B. beim Strassenbau, kompensieren wollten.

Die Kinder und Jugendlichen bezahlen die Folgen der verfehlten bürgerlichen Finanzpolitik! Wir haben die oben erwähnte Kritik im Rahmen der Konsultation der Erziehungsdirektion zur Umsetzung der Sparmassnahmen angebracht (auf www.vpodbern.ch unter vpod-Meinungen/Vernehmlassungen).

Béatrice Stucki



Vor der Spardebatte im Grossen Rat: SchülerInnen verteilen selber gemachte Schlüsselanhänger gegen die Lektionskürzung beim Gestalten – ein Fach in dem Schlüsselkompetenzen erlernt werden.

1,2% mehr Lohn für Bundesangestellte

Mit der Kundgebung vom 17. Oktober hat das Bundespersonal klar gemacht, dass es vom Bundesrat eine substantielle Realloohnerhöhung erwartet. In den Verhandlungen konnten dank vereintem Auftreten zusätzliche zehn Millionen Franken herausgeholt werden. Schlecht sieht es für die RentnerInnen aus.

Am 17. Oktober verlangten etwa 500 Bundesangestellte sowie RentnerInnen vor dem Bernerhof eine Realloohnerhöhung von 2% und eine Einmalzulage von 1000 Fr. für alle RentnerInnen. Zumindest beim Lohn hat der Druck gewirkt. Zudem hatte der *vpod* bereits im Vorfeld den Personalverbänden vorgeschlagen, die Verhandlungen zu unterbrechen, wenn das Lohnangebot nicht befriedigt. Diese Taktik hat sich bewährt: Während des Unterbruchs einigten sich alle Personalverbände auf einen Kompromiss und drohten ansonsten die Verhandlungen als gescheitert zu erklären. Bundesrätin Widmer-Schlumpf stimmte dem Kompromiss nach langen Verhandlungen schliesslich zu. Dank dieses gemeinsamen Vorgehens konnten

die Lohnmassnahmen um 10 Millionen Franken aufgebessert werden. Bei einer Teuerung von 0,4% und auch im Vergleich zu anderen Arbeitgebern ist das Ergebnis als ein kleiner Erfolg zu werten. Gar kein Gehör fand die Forderung für einen Teuerungsausgleich oder zumindest eine einmalige Zulage im 2012 für die RentnerInnen. Wenn die Teuerung wieder ansteigen sollte, bestünde allerdings rasch dringender Handlungsbedarf. Verhandlungen sind nun zugesagt worden.

Christof Jakob



Kundgebung vor dem Bernerhof

Accord trouvé pour une hausse de salaire de 1,2%

La hausse de salaire de 1,2 % obtenue pour les employé(e)s de la Confédération avec la cheffe du Département fédéral des Finances, Eveline Widmer-Schlumpf, représente un bon résultat. En plus de la compensation du renchérissement de 0,4 %, il s'agit là d'une hausse des salaires réels de 0,8 %. Pour trouver cet accord, des négociations dures, qu'il a même fallu interrompre avant leur résultat final, ont été nécessaires. Ainsi, l'impressionnante mobilisation des syndicats le 17 octobre dernier a eu des effets. Étant donné le retard en matière de salaires à rattraper par rapport au secteur privé et la situation économique difficile dans laquelle nous nous trouvons aujourd'hui, une hausse de salaire sensible pour le personnel de la Confédération est quelque chose d'à la fois très important et exemplaire.

Extrait du communiqué de presse du 11. 11. 11

Bestellung – Anmeldung – Mitgliedschaft

Talon

Anmeldungen auch an: info@vpodbern.ch

- Ich melde mich für folgende Veranstaltung an:
 - Besuch im Bundeshaus vom Dienstag, 31. Januar
 - Kurs Arbeitsplanung bei Spitex vom Dienstag, 21. Februar
- Schickt mir bitte das Programm von careum mit Kursen und Lehrgängen im Gesundheitswesen
- Der *vpod* interessiert mich. Schickt mir bitte Informationsmaterial.
- Ich möchte dem *vpod* beitreten.
- Ich mache Mitgliederwerbung für den *vpod*, schickt mir ___ Expl. Beitrittsunterlagen.

Name, Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Beruf

Arbeitsort

Einsenden an: *vpod bern*, Sekretariat, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern
Telefon 031 371 67 45, Fax 031 372 42 37, E-Mail: info@vpodbern.ch

Veranstaltungen

30. Januar: Workshop für Spitex-Angestellte

Mitglieder, Interessierte, Neugierige, Skeptische, Motivierte, Engagierte laden wir ein für eine etwas andere Gruppensitzung zu ... Arbeitszeit / Wegzeiten / Einsatzplanung / Lohn / Leistungsbeurteilung / Pensionskasse / Gesamtarbeitsvertrag / Information / Mitwirkung... Zusammen finden wir heraus, wie sich die Spitex weiterentwickelt, was wir 2012 erreichen wollen und was ihr vom *vpod* erwartet. Keine Anmeldung erforderlich. Es gibt einen Apéro mit Snacks.

Mit Susanne Ulrich / Christof Jakob (*vpod region bern*), Judith Bucher (*vpod* Zentralsekretariat)

Montag, 30. Januar 2012, 19 Uhr bis 21 Uhr beim *vpod*, Monbijoustrasse 61 (2. Stock), Bern

31. Januar: Besuch im Bundeshaus

Während der Führung wird uns Margret Kiener-Nellen begrüßen und von der Arbeit als Nationalrätin berichten. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Es gilt die Reihenfolge des Eingangs der Anmeldungen. Es können auch Nichtmitglieder teilnehmen. Angemeldete erhalten bis Mitte Januar detaillierte Informationen zum Besuch. Anmeldungen bis 6. Januar 2012 an bettina.dauwalder@vpodbern.ch oder mit dem Talon.

Dienstag, 31. Januar 2012, 9.30 bis 11 Uhr Im Bundeshaus

21. Februar: Kurs zur Arbeitsplanung bei Spitex

Die Spitex bietet ihre Dienste 365 Tage im Jahr an. Das stellt hohe Anforderungen an die Arbeitsplanung. Es ist nicht immer einfach, die Bedürfnisse der Spitex als Arbeitgeber und die der ArbeitnehmerInnen unter einen Hut zu bringen. Die hochflexiblen Arbeitszeiten erschweren es zum Beispiel, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Die Teilnehmenden kennen nach dem Kurs die gesetzlichen Grundlagen, Jahresarbeitszeitmodelle und die Grenzen von Arbeit auf Abruf, Regelungen zum Pickettdienst, die Position der Gewerkschaft und das Vorgehen bei Problemen. Es sind alle Berufsgruppen eingeladen!

Mit Bettina Dauwalder (Gewerkschaftssekretärin *vpod*)

Für *vpod*-Mitglieder ist die Teilnahme kostenlos. Nichtmitglieder bezahlen Fr. 60.–

Anmeldung bis 13. Februar 2012 per E-mail info@vpodbern.ch oder Tel. 037 371 67 45.

Dienstag, 21.2. 19-22 Uhr, *vpod* Bern, Monbijoustr. 61.

Aktuelle Veranstaltungen sind auch abrufbar unter www.vpodbern.ch

Aktuell

■ Absurder Sparbeschluss des Nationalrates

Satte 150 Mio Franken (fast 3% des Personalkredites) will der Nationalrat 2012 beim Personal sparen. Mit 97 zu 78 Stimmen hat dies der Nationalrat beschlossen. Dies hätte Not-Sparübungen beim Personal zur Folge. Die Motivation von SVP, FDP und CVP dahinter: Geld sparen für die Kampfjets. Die Gewerkschaften engagieren sich nun, um diesen absurden Entscheid im Ständerat zu kippen.

■ Lohngleichheit beim Bund

Im Rahmen des Lohngleichheitsdialogs mit den Gewerkschaften überprüft die Bundesverwaltung 2011 und 2012 alle Löhne. Nun liegen die ersten Ergebnisse vor. Bisher sind alle Verwaltungseinheiten im Rahmen der tolerierten Lohndifferenz von 0 bis 5%. Auch bei kleineren Unterschieden sollten allerdings die Verwaltungseinheiten genauer hinschauen und wenn nötig Korrekturen vornehmen. Hier die Ergebnisse (in Klammern jeweils der Lohnunterschied zuungun-

ten der Frauen): Bundeskanzlei (-3,9%), EDA inkl. DEZA (-1,5%), GS/EJPD (-4,2%), Bundesamt für Justiz (-2,2%), BAP/fedpol (-0,9%), Schw. Institut für Rechtsvergleichung (-0,4%), Metas (-3,8%), Eidg. Spielbankenkommission (-4,8%), Informatik Service Center EJPD (-3,6%). Einzig beim Bundesamt für Migration gab es ein kleines Plus zugunsten der Frauen (+0,3%).

■ Kurse im Gesundheitsbereich

Careum Weiterbildung ist neu aus dem Zusammenschluss von vier Bildungsinstitutionen entstanden und bietet Kurse und Lehrgänge für Berufsleute aus dem Gesundheitswesen in Spitälern, der Spitex und dem Langzeitbereich. *Vpod*-Mitglieder erhalten jährlich einen Gutschein für einen ermässigten Kurs (50 Fr. Rabatt) oder ein Modul (100 Fr. Rabatt). Den Gutschein schickt euch das *vpod*-Sekretariat gerne zu. Das Kursprogramm findet ihr auf www.careum-weiterbildung.ch oder ihr könnt es auf Papier bestellen im *vpod*-Sekretariat (Talon Seite 7).